



Antrag

der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Datenerhebung zu Einsamkeit und Isolation

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, darauf hinzuwirken, dass bundesweit differenzierte Daten und Informationen zum Thema Einsamkeit und Isolation erhoben werden. Sobald diese Daten und Informationen für Schleswig-Holstein verfügbar sind, sollten sie kontinuierlich in die Sozialberichterstattung des Landes aufgenommen werden. Sie sollen als Basis für zielgerichtete Präventionsarbeit sowie niedrigschwellige Projekte dienen.

Begründung:

Einsamkeit und Isolation stellen gerade für ältere Menschen ein großes Problem dar. Es gibt nur wenige Studien zu diesem Thema, doch dort, wo geforscht wird, tritt dies deutlich zu Tage. Die Universität Bochum hat eine groß angelegte Studie unter 16.000 Menschen durchgeführt, die zu dem Ergebnis kommt, dass chronisch einsame Menschen im Schnitt früher sterben. Gut belegt ist auch, dass einsame Menschen ein höheres Risiko für seelische und körperliche Erkrankungen haben. Trotz dieser Einzelergebnisse muss bedacht werden, dass es keine verbindliche/eindeutige Definition von Einsamkeit gibt. Nicht jeder Mensch, der allein ist, ist auch einsam.

Einsamkeit betrifft grundsätzlich alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder sozialem Status. Das Gefühl von Einsamkeit kann zur sozialen Isolation und zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen sowie einer Verringerung der Lebensqualität führen. Personen, die unter Armut leiden, sind zudem tendenziell stärker isoliert und einem höheren Risiko ausgesetzt, psychisch zu erkranken. Neben etwaiger materieller Entbehrung bringt Altersarmut oftmals auch das Problem

fehlender Teilhabe mit sich, da viele Menschen aufgrund fehlender finanzieller Mittel oder Scham aus dem gesellschaftlichen Miteinander herausfallen. Dies bezieht sich auf unterschiedliche Formen der Teilhabe, weil gemeinsame Unternehmungen mit anderen Menschen häufig nicht finanzierbar sind oder Mitgliedsbeiträge nicht aufgebracht werden können. Erschwerend kommt hinzu, dass kostenfreie Angebote häufig nicht bekannt sind. Auch die Verwirklichung von bürgerlichen und politischen Rechten sowie die Teilhabe an Bildung und Kultur sind bei Menschen, die in Armut leben, häufig unterdurchschnittlich ausgeprägt. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat entsprechende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Menschen verstärkt.

Die Vermeidung von Vereinsamungstendenzen insbesondere älterer Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in erster Linie von einer Zusammenarbeit verschiedener Akteure vor Ort, im Wohnumfeld und Nachbarschaft oder Quartier geleistet werden kann. Die Landesregierung fördert vor diesem Hintergrund unterschiedliche Initiativen und Maßnahmen gegen Einsamkeit. So arbeitet beispielsweise das Landesnetzwerk Seniortrainer e.V. in 12 Kompetenzteams unter der Förderung des Landes an unterschiedlichen Projekten auch gegen Vereinsamung.

Ein Monitoring sollte Erkenntnisse dazu liefern, inwieweit und in welchem Ausmaß Menschen an Einsamkeit leiden. Grundlegend dafür und aktuell nicht beantwortbar ist die Frage, wie Einsamkeit genau definiert und darüber hinaus auch erhoben werden kann.

Ein entsprechend gestaltetes Monitoring wäre wichtig für die Entwicklung weiterer zielgerichteter Hilfsangebote und Information über bestehende Angebote, sollte allerdings aufgrund der Komplexität und der gesamtgesellschaftlichen Tragweite in einem bundesweiten Prozess erarbeitet werden. Dieser Prozess bedarf einer Koordination und ausreichender Mittel für eine umfangreiche qualitative und quantitative Forschungsarbeit. Diese könnte zum Beispiel von Universitäten, dem Kuratorium Deutscher Altershilfe (KDA) oder dem Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) durchgeführt werden.

Christian Dirschauer
und die Abgeordneten des SSW

Andrea Tschacher
und Fraktion

Özlem Ünsal
und Fraktion

Marret Bohn
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion